#GuatemalaTieneHambre: Pandemie legt gravierende Missstände offen

von Jan Schikora

„Guatemala hat Hunger" besagt ein Plakat im Zentrum von Guatemala-Stadt, dem Hotspot der nationalen Corona-Krise. Dass viele in dem mittelamerikanischen Land Hunger haben, ist nicht mehr zu leugnen. Immer mehr Menschen stehen mit weißen Fähnchen am Straßenrand und bitten um Geld oder Essbares. Die Pandemie legt gravierende Missstände offen; Leidtragende sind die armen Teile der Bevölkerung meist indigener Herkunft.

Das Coronavirus trifft Guatemala und seine geschätzt 17 Millionen Einwohner hart. Bis Mitte August infizierten sich nach offiziellen Angaben rund 65.000 Menschen, knapp 2.500 fielen dem Virus bislang zum Opfer. Expert*innen schätzen, dass die realen Zahlen weitaus höher liegen, auch weil landesweit immer noch sehr begrenzte Test-Kapazitäten existieren. Nicht selten kommt es zu erheblichen Schwankungen bei den Neuinfektionen, mit 300 an einem Tag und 1.200 am nächsten. Die Antwort der Regierung um den rechtskonservativen Präsidenten Alejandro Giammattei blieb in vielerlei Hinsicht Stückwerk. Wurde der sofortige *Lockdown* mit Schließung der Landesgrenzen, halbtägigen Ausgangssperren und der Isolierung weiter Landesteile am Anfang noch von einer Mehrheit begrüßt, wich die Unterstützung in den nunmehr fünf Monaten, seitdem am 13. März der erste Corona-Fall bekannt wurde, zusehends.

Die Regierung versuchte sich im Spagat zwischen Wirtschaft und Gesundheit, stand aber schnell im Verdacht, recht einseitig die Interessen der einflussreichen Wirtschaftseliten zu bedienen. De facto wurden großzügige finanzielle Zusagen gemacht und Dekrete erlassen, die die Arbeitsgesetzgebung flexibilisierten und einer massiven Kündigungswelle Vorschub leisteten. Am stärksten betroffen von der Krise sind bislang Beschäftigte sowie kleine und mittlere Unternehmen. Allein durch den Einbruch der Tourismus-, Gastronomie- und Transportsektoren verloren Tausende ihren Arbeitsplatz. Andere mussten ohne ausreichenden Schutz, oftmals mit erheblichen Lohnabstrichen und deutlich längeren Arbeitszeiten, weiterarbeiten. Gerade in der Textilbranche führte dies zeitweise zu erheblichen Neuinfektionen. Familien, die sich mit informellen Tätigkeiten oder Billiglohnjobs über Wasser hielten, wurde durch Einschränkungen der Mobilität und Auflagen für Märkte und Kleinhandel schlagartig die Lebensgrundlage entzogen.

Die Regierung kündigte zwar ein Sozialprogramm an, den *Bono Familia*, der einkommensschwachen Familien drei Monatsraten

Weiße Fahnen: Bedürftige bitten um Unterstützung (© Andrea Godínez)

© La Olla Comunitaria

von je 110 Euro als Soforthilfe in Aussicht stellt, die Umsetzung hakt jedoch an vielen Stellen. Bis zum Fristende am 30. Juni hatten sich über 2,6 Millionen Familien für das Programm eingeschrieben. Eine Finanzierungslücke von ca. 260 Millionen Euro, bürokratische Hürden und Ineffizienz führten dazu, dass bis heute nur eine Rate ausgezahlt wurde.

Chronische Unterernährung weit verbreitet

Schon vor dem Ausbruch der Pandemie wies Guatemala verheerende Missstände auf. Geschätzte 2,3 Millionen Menschen lebten in Ernährungsunsicherheit. Zu Beginn der Krise wurde geschätzt, dass sich diese Zahl kurzfristig mehr als verdoppeln könne. Rund vier Millionen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser. Nach Zahlen von UNICEF leidet rund die Hälfte der Kinder an chronischer Unterernährung, was Guatemala regional (1.) und weltweit (6.) die vordersten Ränge dieser Statistik einbringt. Von 1.000 Kindern sterben 44, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. Besonders betroffen sind ländliche Regionen, in denen über 90 Prozent der Bevölkerung indigenen Ursprungs sind, wie Alto Verapaz oder Quiché.

Hinzu kommt, dass Guatemala weltweit zur Gruppe der am meisten vom Klimawandel betroffenen Länder gehört (Platz 13). Erratische Regenfälle und ausgedehnte Trockenperioden treiben immer mehr Familien in existenzielle Nöte oder die Migration. Allein die Dürre 2019 führte nach UN-Angaben bei mehr als einer halben Million Menschen zu Ernährungsunsicherheit. Die Ursachen sind größtenteils hausgemacht: Immense Teile der Wald- und Süßwasserbestände fielen in den letzten Jahrzehnten wirtschaftlichen Interessen zum Opfer.

Extreme Ungleichheit

Die Gründe für diese Missstände sind überwiegend struktureller Natur, ein Geflecht verkrusteter neofeudaler Besitz- und oligarchischer Machtverhältnisse, die das Land einschnüren. Als der sozialliberale Präsident Jácobo Árbenz in den fünfziger Jahren versuchte, es mittels einer Agrarreform ansatzweise aufzubrechen, fegten ihn Oberschicht und amerikanische Konsortien

wie die *United Fruit Company* aus dem Amt. Seitdem nimmt die kleine Elite des Landes nicht nur unverhohlen Einfluss auf Politik und Rechtsprechung, sondern garantiert auch den Fortbestand der extremen Ungleichverteilung des Agrarlandes. Während die wenigen Agroindustriellen, knapp zwei Prozent der landwirtschaftlichen Produzenten, rund zwei Drittel des Bodens unter sich aufteilen, stehen den 92 Prozent der Kleinbäuer*innen nur 21,9 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen zur Verfügung. Das trifft vor allem die indigene Bevölkerung der Maya, Xinka und Garífuna – gleichbedeutend mit über der Hälfte der Gesamtbevölkerung –, die am unteren Ende der starren gesellschaftlichen Hierarchie zumeist von Subsistenzwirtschaft oder informellen Tätigkeiten lebt, oftmals als Wanderarbeiter, Tagelöhner oder Hauspersonal. Die Pandemie hat das fragile Gesellschaftskonstrukt und seine strukturellen Ungleichheiten bloßgestellt und die Not der Menschen verdeutlicht. Das gilt auch für den Gesundheitssektor: Krankenhäuser gibt es nur in den größeren Städten. Die Ausstattung der ländlichen Gesundheitszentren ist prekär. Zudem ist der Sektor wie kaum ein anderer von Korruption betroffen: 2015 wurde ein Netz um den damaligen Präsidenten Otto Pérez Molina entlarvt, das dem Haushalt Schäden von über einer Milliarde Dollar (etwa 1,8 Prozent des BIP) zufügte. Ein Großteil des Geldes wurde systematisch beim Bau von Krankenhäusern und der Anschaffung medizinischen Geräts abgezweigt. Pérez Molina kostete dieser Skandal zwar sein Amt, aber auch die UN-getragene Internationale Kommission gegen Straflosigkeit (CICIG), die maßgeblich zur Aufklärung dieses und anderer Korruptionsfälle in Guatemala beigetragen hatte, wurde zum Opfer ihrer Effizienz und 2019 des Landes verwiesen. Den eigentlichen Schaden trägt die Bevölkerung: Anfang April, als die Corona-Krise begann, standen landesweit lediglich 56 Notfallbetten mit Atmungsgeräten bereit. Als die Ansteckungskurve ab Juni nach oben schnellte, zeigte sich, dass diese Kapazitäten nicht ansatzweise den Bedarf deckten. Etliche Patienten wurden in Krankenhausfluren oder Behelfsunterkünften untergebracht oder schlichtweg nach Hause geschickt. Obwohl die Zahl der Notfallbetten – auch durch internationale Spenden – in der Folge erhöht werden konnte, weist Guatemala im regionalen Kontext die höchste Sterblichkeitsrate unter COVID-Patient*innen auf.

Private Lebensmittelspenden in Guatemala Stadt (© Simone Dalmasso)

Private Lebensmittelspenden

Auf den Straßen von Guatemala-Stadt, aber auch in anderen Landesteilen, wird die Not immer greifbarer. Einige Bürgerinitiativen helfen dort, wo der Staat versagt. Die *Olla Comunitaria* etwa, das Projekt eines alternativen Straßencafés, bereitet seit Monaten täglich bis zu 1.000 Mittagessen zu und verteilt sie im Stadtzentrum. An sieben anderen Orten folgten Menschen dem Beispiel und gründeten „Bürgersuppenküchen" für die Ärmsten. Finanziert wird das durch private Spenden.
Daneben haben abgelegene Gemeinden auf dem Land Zugangssperren errichtet, um Anwohner*innen auf ihre Gesundheit zu checken und Ortsfremde abzuweisen. Die Sorge vor dem unkontrollierten Ausbruch des Virus ist nach wie vor groß. Der

Lebensmittel-Spenden im Landesinneren (© La Olla Comunitaria)

vorläufige Höhepunkt aktiver Corona-Fälle wurde Mitte Juli mit rund 27.500 überschritten. Seitdem hat sich die Zahl bei etwa 10.000 stabilisiert. Die Regierung hat zuletzt viele der Einschränkungen gelockert, z.B. die Ausgangssperren verkürzt, den Einzelhandel unter Auflagen freigegeben, genauso wie den Verkehr. Fast die Hälfte der landesweiten Munizipien weist indes weiterhin mehr als 25 aktive Fälle pro 100.000 Einwohner*innen auf und unterliegt damit der „Alarmstufe Rot".
Die tägliche Rate von Neuinfektionen lag zuletzt im Durchschnitt bei 800 bis 900 Fällen, Schwankungen inbegriffen. Am 1. September werden wohl der internationale Flughafen und die Außengrenzen geöffnet. Viele halten diese Schritte für vorschnell und verantwortungslos. Andere wie der allmächtige Unternehmerverband CACIF halten sie für längst überfällig. Wohin der Weg Guatemala in der nächsten Zeit führen wird, bleibt offen. Unstrittig ist hingegen, dass es mehr als einmaliger Soforthilfen bedürfen wird, um die gravierenden Missstände zu überwinden, die die Pandemie mit aller Wucht offengelegt hat.

Jan Schikora ist seit vielen Jahren Mitglied bei FIAN Deutschland. Derzeit arbeitet und lebt er in Guatemala. La Olla Comunitaria ruft auch international zu Spenden auf: https://gf.me/u/ymqabg. Für ihr Engagement wurde die Initiative von den UN für den Preis "Solidarity in Action" nominiert.